

Kommentar

Überlegungen zur Ausbildung von Kulturmanagern

KOBAYASHI Mari

Universität Tōkyō

Japan Association for Cultural Policy Research

Mein Fachgebiet ist es, Prinzipien, Regeln und Methodologie von Staaten und Kommunen bei der Entwicklung und Umsetzung ihrer Kulturpolitik zu untersuchen. Zurzeit unterstütze ich Japans – vor allem kleinstädtische – Kommunen bei der Umsetzung ihrer Kulturpolitik. Die heutige Thematik – Kulturpolitik als Regenerationsstrategie für kleine und mittelgroße Städte – ist für mich deshalb eine dringliche, konkrete Herausforderung, mit der ich mich stets befasse.

Die Anzahl japanischer Kommunen ist von 3.300 im Jahre 1999 auf 1.718 im Jahre 2010 geschrumpft. Kommunen mit schlechter Verkehrsanbindung oder Kommunen, die keine Trabantenstadt einer benachbarten größeren Stadt sind, leiden zusätzlich zum normalen demografischen Wandel unter der Abwanderung junger Menschen. Einige dieser Kommunen werden in der Zukunft nicht mehr existieren.

Diese Problematik war seit Langem vorhersehbar. Einige Kommunen haben bereits in den 1970er Jahren begonnen, eine eigene Kulturverwaltung aufzubauen. Das war quasi ihre Überlebensstrategie mit dem Ziel, eine „ausgewählte“ Kommune zu werden. In den 1980er Jahren befand sich Japan in einer Phase starken Wirtschaftswachstums. In dieser Zeit wurden viele kulturelle Bauten errichtet. Bis zum Jahr 2000 hatte fast jede Kommune ein Museum oder ein Kulturhaus. Die Frage blieb, wie diese füllen? Denn kulturelle Einrichtungen, die nicht den Gegebenheiten der Kommunen entsprachen, wurden zunehmend zur Belastung für sie. Das führte dazu, dass Kultur als „unrentabel“ und als „verschwenderische, unnötige Politik“ verstanden wurde. Sie büßte ihre prioritäre Stellung innerhalb der kommunalen Aufgaben ein, denn beim Bau der Einrichtungen hatte man es versäumt, sich vorab gründlich Gedanken über die Kulturpolitik zu machen.

Japans Kommunalverwaltungen haben bedauerlicherweise bis heute verfehlt, die Kulturpolitik als Teil der *public policy* zu sehen (als Teil einer Summe inhaltlicher Entscheidungen, Zielsetzungen und Aktivitäten der am Politikprozess Beteiligten). Erst seit 2001 – als das *Basic Act for the Promotion of Culture and the Arts* erlassen wurde – setzen sich die Kommunen für eine Kulturpolitik ein. Dieses Gesetz erkennt jedem einzelnen Bürger das Recht auf Kultur zu. Zu diesem Zweck sollen das Land oder die Kommunen entsprechend ihren Gegebenheiten die Kultur fördern. Paragraf 4 besagt, dass entsprechend diesem Gesetz die Kommunen verpflichtet sind, Maßnahmen zur Förderung von Kultur und Kunst auszuarbeiten und umzusetzen. Dies soll, in Absprache mit den staatlichen Behörden, selbstverantwortlich und selbstständig geschehen. Dabei sollen die Besonderheiten der Region berücksichtigt werden. Leider zeigen sich die Kommunen bei dieser Aufgabe nicht sehr engagiert. Das liegt nicht daran, dass die Japaner kein Interesse an Kultur haben. Der Verwaltung mangelt es einfach an Methoden, sich mit Kultur zu beschäftigen. Ferner wird Kultur als persönliche Betätigung (Spaß haben, feine Lebensart, lebenslanges Lernen) gesehen. Diese Sichtweise ist teilweise historisch begründet und sicherlich auch ein Aspekt der japanischen Kultur. Leider kann ich aus Platzgründen auf dieses Problem nicht näher eingehen.

Festzuhalten ist, dass die Kommunalverwaltungen nicht verstanden haben, dass Kultur und Kunst in

der Lage sind, potenzielle Fähigkeiten nicht nur einzelner Individuen, sondern der ganzen Gesellschaft zu mobilisieren. Andererseits sahen Japans Ministerien in der Kultur nichts anderes als *content*, den man mit Export, Tourismus und weiteren Geschäftsmöglichkeiten verbinden könne. Entsprechend sah auch die vollzogene Kulturpolitik aus. Mir persönlich ist Kultur in Verbindung mit wirtschaftlichem Gewinn unausstehlich. Allerdings kann durch Verbreitung von kulturellen Produkten und Dienstleistungen das Verständnis für Japans Kultur gefördert werden, sodass auch positive Aspekte existieren. So zeigen etwa Japans Fernsehsender seit der Fußballweltmeisterschaft 2002, die in Japan und Südkorea ausgetragen wurde, häufig koreanische Dramen. Dadurch ist das Interesse an Südkorea gestiegen. Auch wenn der politische Dialog zwischen Japan und Südkorea vieles zu wünschen übrig lässt, wurde durch die Kultur ein einigermaßen stabiles gegenseitiges Verständnis gefördert. Dies ist für die Entwicklung und Pflege bilateraler Beziehungen von großer Bedeutung.

So viel zur staatlichen Ebene. Nun eine Situation auf der kommunalen Ebene: Ich nehme an der Sitzung einer Präfektur teil, bei der ein Plan zur Kulturförderung erstellt werden soll. Der stellvertretende Gouverneur kommt in den Sitzungsraum, sieht etwas verlegen aus, beugt sich zu seinem Mitarbeiter und flüstert: „Ich kenne mich mit Kultur nicht aus.“ Das ist kein Einzelfall. Viele für Kulturpolitik Zuständige sagen mit großer Bescheidenheit, dass sie von Kultur nichts verstehen. Wie ich schon erwähnte, wird in Japan Kultur mit feiner Lebensart und gutem Geschmack gleichgesetzt. Einige Menschen möchten sich bescheiden geben und zeigen, dass sie keine herausragenden Persönlichkeiten sind, und behaupten deshalb, dass sie sich mit Kultur nicht auskennen.

Allerdings sollten die Zuständigen – auch wenn sie nichts von Kultur verstehen – zumindest ein Verständnis von Kulturverwaltung und Kulturpolitik haben. Dies ist der Knackpunkt, den ich zurzeit in Japans Kulturverwaltung und -politik sehe: Es fehlt an kompetenten Verwaltungsangestellten. Deshalb ist die Frage ihrer Ausbildung wichtig, damit sie Erkenntnisse über Kulturverwaltung und -politik erlangen. Für Japans Kulturförderung ist eine solche Ausbildung unerlässlich.

Was unterscheidet die Kulturpolitik von jeder anderen Politik? Ein Unterschied liegt im Fehlen eines auf Gesetzen basierenden Handbuchs. Denn die kulturellen Gegebenheiten – wie sie in Paragraf 4 des *Basic Act for the Promotion of Culture and the Arts* genannt werden – sind von Region zu Region unterschiedlich. Eine politische Richtung entsprechend den regionalen Besonderheiten zu entwickeln ist keine einfache Arbeit und zudem sehr zeitintensiv. Wenn es um Kulturförderung geht, haben sich die Verwaltungen bislang nur um Infrastruktur und Rahmensetzung gekümmert. Für die konkrete Kulturförderung sind deshalb die Einwohner gefragt, die an regionaler Kultur interessiert sind, sowie die Künstler, die in der Region tätig sind. Es werden aber auch Kunstmanager gebraucht.

Wie können sich die Menschen der Region in die Kulturpolitik einbringen? Wie können sie an der konkreten Umsetzung teilhaben? Wie kann man entsprechende Rahmenbedingungen schaffen? Das sind Fragen, die bei der Richtungsgebung und Umsetzung der kommunalen Kulturpolitik aufgegriffen werden müssen.

Im Zusammenhang mit der Ausbildung der für die Kulturpolitik Zuständigen möchte ich erwähnen, dass sich viele der Einwohner bereits mit Kulturfragen als öffentliche und gemeinnützige Aufgabe befassen. Allerdings sind sie aus einem anderen Blickwinkel als die Verwaltung an regionaler Kulturförderung interessiert. Deshalb ist es für die regionale Kulturförderung immens wichtig, Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen Einwohner und Verwaltung zusammenarbeiten können.

Natürlich gibt es auch Einwohner, die sich mit Enthusiasmus für eigene Kulturaktivitäten engagieren, für öffentlich-gemeinnützige Kulturförderung aber eher nicht geeignet sind. Deshalb ist es ebenso wichtig, selbstständige Bürgerinnen und Bürger heranzubilden. Auch dieser Entwicklungsprozess gehört zur Umsetzung einer förderlichen Kulturpolitik.

